

Lösungen

Repetitionsfragen

Kapitel 7

1. **Gründe für Wachstum:** Nach wie vor unbefriedigte Bedürfnisse, zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften (um Arbeitslosigkeit zu verhindern oder zu vermindern), Erhöhung der Freizeit ohne Einbusse an Einkommen, Lösung sozialpolitischer Probleme.
2. **Bestimmungsfaktoren des Wachstums:** Menge und Produktivität der Produktionsfaktoren Arbeit, natürliche Ressourcen, Realkapital, Wissen und der institutionelle Rahmen, in welcher die Produktionsfaktoren eingebettet sind. (Daneben spielen auch die übrigen Rahmenbedingungen, die Geographie, das politische System und die Religion eine wichtige Rolle.)
3. **Haupttreiber des BIP pro Kopf:** Der Haupttreiber für das Wachstum des BIP pro Kopf war die Produktivität, welche stark angestiegen ist (insbesondere dank des technischen Fortschritts). Seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 ist das Wachstum der Produktivität relativ schwach und deshalb ein Kernpunkt in der Wachstumspolitik des Bundesrates.
4. **Grenzen des Wachstums:** Wachstumsgrenzen durch die Bevölkerungsvermehrung und der dadurch steigende Bedarf Rohstoffen und Umweltgütern. Allerdings verändern sich mit zunehmender Knappheit auch der Umgang mit diesen Ressourcen und die Suche nach Substituten. Ein wichtiger Treiber für „unbegrenzt“ Wachstum ist der technische Fortschritt.
5. **Instrumente zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und ihre Beurteilung:**
 - a) **Verbote / Gebote:** Überwachungsaufwand. Fehlende Anreize sich ökologischer zu verhalten, als dass die Ge- und Verbote es verlangen.
 - b) **Lenkungsabgaben:** Belohnung von umweltgerechtem Verhalten – Umweltverschmutzer bezahlen. Kostenbestimmung muss nicht vorgenommen werden (Festlegung von Grenzwerten für Schadstoffe und Abgabesatz); Markt bestimmt in Abhängigkeit des Abgabesatzes das Ausmass der Verhaltensänderung. Keine zusätzliche Einnahmequelle für den Staat (volle Rückerstattung).
 - c) **Umweltzertifikate:** Der Staat verteilt die zulässige Umweltbelastung auf Zertifikate (Belastungsrechte). Wer die Umwelt belastet, muss sich die dafür notwendigen Umweltzertifikate kaufen. Wer Umweltschutzmassnahmen einführt, braucht weniger Zertifikate und kann sie verkaufen. Umweltschutz wird also «belohnt», Umweltverschmutzung kostet.
6. **Globale Umweltabgaben:** Viele Umweltprobleme weisen einen globalen Charakter auf (z.B. die Belastung der Ozonschicht) und können deshalb nur gemeinsam gelöst werden. Für die stufenweise Einführung spricht der Umstand, dass Umweltabgaben einen Strukturwandel auslösen, welcher nicht von heute auf morgen bewerkstelligt werden kann, ohne negative Auswirkungen (z.B. auf die Arbeitsplätze) in Kauf nehmen zu müssen.
7. **Unterschiede in der Europapolitik:**

Die **SVP** verfolgt die Strategie, dass die Schweiz in der Europapolitik auf bilaterale Beziehungen setzt. In diesem Umfeld wird die SVP jede institutionelle Annäherung an Europa ablehnen, die über die normalen bilateralen Beziehungen zwischen Staaten in der ganzen Welt hinausgeht.

SP: Sie schlägt vor, die Verhandlungen mit der EU in zwei Phasen aufzuteilen: In einer ersten Phase wird ein auf fünf Jahre befristetes Stabilisierungsabkommen verhandelt, welches die Teilnahme an den Kooperationsabkommen und einen Ausbau der schweizerischen Kohäsionsleistung regelt. In einer zweiten Phase sollen Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen angestrebt werden. Dieses regelt den Binnenmarktzugang und die damit verbundenen institutionellen Fragen. Langfristig bleibt ein gut ausgehandelter EU-Beitritt die beste Option.

FDP: Die bilateralen Beziehungen zur EU sind von herausragender Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft. Der bilaterale Weg hat sich als für beide Parteien massgeschneiderte Option erwiesen, deshalb ist dieser weiterzuentwickeln. Weder ein Beitritt zur EU, dem EWR noch der Rückbau der Beziehungen mittels eines Freihandelsvertrags sind für die FDP eine Option. Es braucht eine Lösung für die offenen institutionellen Fragen. Es ist ein Verhandlungspaket (Bilaterale III) zu schnüren.

Grünen: Die bilateralen Verträge müssen weiterentwickelt und gestärkt werden, auch im Bereich von Forschung und Entwicklung, Bildung, Kultur, Umweltschutz oder inklusive Digitalisierung. Die Grünen diskutieren auch die Idee eines breit abgestützten Initiativeprojekts, das Druck auf den Bundesrat ausüben soll. Das Minimalziel muss dabei sein, eine Weiterentwicklung der bestehenden Abkommen und den Abschluss neuer Abkommen zu ermöglichen

Mitte: Aus Sicht der Mitte gibt es konkreten Handlungsspielraum, um die Beziehungen nach dem Ende des Rahmenabkommens mit der EU wieder auf ein nachhaltiges Fundament zu stellen. Gerade im Bereich der Dynamisierung der Rechtsübernahme sowie der Streitbeilegung gibt es bei bestehenden sektoriellen Abkommen Potenzial. Als bürgerliche Partei mit sozialer Verantwortung stehen für uns besonders die sozialen Herausforderungen die Personenfreizügigkeit im Fokus.